



FDP | 27.02.2018 - 12:30

Kalte Enteignung von Millionen Autofahrern



Städte können grundsätzlich Fahrverbote für Dieselaautos zur Luftreinhaltung verhängen. Das hat das Bundesverwaltungsgericht entschieden. Im Vorfeld dazu wurde eine Initiative des Verkehrsministeriums bekannt, diese teils einzuführen. Die Freien Demokraten reagieren mit heftiger Kritik auf die Pläne der Bundesregierung. Das sei eine "kalte Enteignung von Millionen Autofahrern", sagt der verkehrspolitische Sprecher der FDP-Fraktion Oliver Luksic. Er wertet es zudem als Eingeständnis von Union und SPD, beim Diesel-Skandal versagt zu haben."

Viele Menschen hätten in gutem Glauben Diesel-Autos gekauft und "dürfen jetzt die Suppe auslöffeln, die ihnen die Bundesregierung und die Autohersteller eingebrockt" haben. Ihre Fahrzeuge würden weiter an Wert verlieren und könnten in vielen Großstädten nicht mehr genutzt werden. "Die bisherigen Maßnahmen der Bundesregierung waren rein aktionistisch, an einer Nachrüstung von Diesel-Autos auf Kosten der Autobauer führt kein Weg vorbei", sieht er vor allem die Hersteller in der Pflicht: "Nur die Diesel-Nachrüstung sorgt für weniger Emissionen und verhindert Wertverminderung von Diesel-Autos".

Schon zuvor hat FDP-Chef Christian Lindner die möglichen Diesel-Fahrverbote als "ideologisch motivierte Enteignungen" bezeichnet. Die Luft in den Städten sei bereits deutlich sauberer geworden. "In den nächsten Jahren kann sie durch technologischen Fortschritt weiter verbessert werden." Umweltschutz und Mobilität seien heute kein Widerspruch mehr, wenn man innovative Lösungen suche, sagte Lindner der Deutschen Presse-Agentur. "Statt Verbote brauchen wir smarte Verkehrskonzepte, moderne saubere Antriebe und autonomes Fahren."

[#Bundesverwaltungsgericht](#) [1] vertagt Entscheidung - Urteil muss man abwarten. [#Fahrverbote](#) [2] wären aus unserer Sicht aber ideologisch motivierte Enteignungen. Stattdessen bräuchten wir smarte Verkehrskonzepte, moderne saubere Antriebe und autonomes Fahren. CL [#diesel](#) [3]

— Christian Lindner (@c_lindner) [22. Februar 2018](#) [4]

Hintergrund

Die Debatte über Fahrverbote hat einen neuen Höhepunkt: Am Montag haben sich Vertreter der Bundesregierung und Vertreter von fünf "Modellstädten" für sauberere Luft getroffen, die ebenfalls Teil der Vorschläge an die EU-Kommission sind. Um Diesel-Beschränkungen ging es auch am Bundesverwaltungsgericht in Leipzig, das an diesem Dienstag ein mit Spannung erwartetes Urteil zu Fahrverboten verkündet hat. Demnach können Städte grundsätzlich Fahrverbote für Dieselaufos zur Luftreinhaltung verhängen.

In diese Gemengelage platzte die Nachricht, dass die Bundesregierung zu neuen Fahrbeschränkungen für Dieselaufos bereit ist, um die Luft in deutschen Städten sauberer zu machen. Kurz vor dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts wurden Vorbereitungen des Verkehrsministeriums für mögliche "streckenbezogene Verkehrsverbote oder -beschränkungen" bekannt.

MEGA peinlich für GroKo: beim „kostenlosen“ ÖPNV will keine betroffene Kommune mitmachen. Sollte man Mann VOR Brief an EU KOM klären. <https://t.co/NAjiPsSJSv> [5]

— Oliver Luksic (@OlliLuksic) [26. Februar 2018](#) [6]

Quell-URL:<https://www.liberale.de/content/kalte-enteignung-von-millionen-autofahrern>

Links

[1] https://twitter.com/hashtag/Bundesverwaltungsgericht?src=hash&ref_src=twsrc%5Etfw [2]

https://twitter.com/hashtag/Fahrverbote?src=hash&ref_src=twsrc%5Etfw [3]

https://twitter.com/hashtag/diesel?src=hash&ref_src=twsrc%5Etfw [4]

https://twitter.com/c_lindner/status/966686798406651905?ref_src=twsrc%5Etfw [5]

<https://t.co/NAjiPsSJSv> [6]

https://twitter.com/OlliLuksic/status/968220698798895105?ref_src=twsrc%5Etfw